

AKADEMIKER FÜR FRIEDEN IM NAHEN OSTEN - SEKTION DEUTSCHLAND SPME-GERMANY e.V.

Presseerklärung

Wissenschaftlervereinigung kritisiert diesjähriges Holocaust-Gedenken als konsequenzlos - Antisemitismus und Holocaustleugnung des iranischen Regimes haben bei den offiziellen Gedenkfeiern keine Rolle gespielt

Wir begrüßen, dass der Deutsche Bundestag den Auschwitz-Gedenktag auch in 2012 mit einer besonderen Veranstaltung beging. Der minutiöse Bericht über das Warschauer Ghetto, den Marcel Reich-Ranicki am 27. Januar dieses Jahres im Bundestag verlas, vergegenwärtigt eindrücklich die Umstände des Massenmords.

Wir kritisieren jedoch, dass die akuten iranischen Angriffe auf die Juden und den jüdischen Staat bei den diesjährigen offiziellen Erinnerungsveranstaltungen an die Wannsee-Konferenz und die Auschwitz-Befreiung unerwähnt blieben. Das Gedenken an den Holocaust wird substanziell entwertet, wenn es stillschweigend ignoriert, dass die Führung des Iran

- ihren gesamten staatlichen Apparat inklusive ihres Auswärtigen Dienstes und ihrer Propagandaagenturen in den Dienst der Verspottung der Opfer des Holocaust und der Holocaust-Leugnung stellt,

- alles tut, um die internationale Öffentlichkeit von der antisemitischen Weltanschauung zu überzeugen sowie davon, dass die Auslöschung Israels ein Beitrag zur Befreiung der Menschheit sei,

- Langstreckenraketen und Atomwaffentechnologien mit dem erklärten Ziel entwickelt, Israel zu zerstören.

Es ist fünf Jahre her, dass Bundestagspräsident Prof. Dr. Lammert anlässlich des Auschwitz-Gedenktags 2007 den Judenhass Irans explizit thematisierte: „Ein atomar bewaffneter Staat in seiner Nachbarschaft, geführt von einem offen antisemitisch orientierten Regime, ist nicht nur für Israel unerträglich. Die Weltgemeinschaft darf eine solche Bedrohung nicht dulden“, erklärte er am 29. Januar 2007.

Als beim Gedenktag 2010 der israelische Staatspräsident Schimon Peres im Bundestag die zentrale Ansprache hielt, wurde Israels Bedrohung durch Iran nur indirekt und beiläufig erwähnt.

Bei den Gedenkfeiern des Bundestages von 2008, 2009 und 2011 fielen der Antisemitismus des Iran und dessen Holocaust-Leugnung vollständig unter den Tisch. Auch deshalb wandte sich SPME Germany im Vorfeld des diesjährigen Holocaust-Gedenktags mit einem Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Lammert und bat ihn, zumindest „am diesjährigen 27. Januar ... die Ungeheuerlichkeit anzusprechen und zu verurteilen, dass Iran... die Leugnung des Holocaust als Staatspolitik betreibt und mithilfe des Internets weltweit propagiert.“

Der Bundestagspräsident lehnte dieses Ansinnen jedoch ab. Zwar teile er mit SPME Germany die „Einschätzungen der Bedrohung Israels durch den Iran“ und habe „dessen Drohungen und Antisemitismus selbst bei sehr vielen Gelegenheiten verurteilt – übrigens auch bei der Gedenkstunde im Jahr 2010 in Gegenwart des israelischen Staatspräsidenten Shimon Peres“, heißt es in dem von Dr. Lorenz Müller, dem Leiter des Büros des Bundestagspräsidenten unterzeichneten Brief. Würde er dies aber „2012 ohne einen vergleichbaren Anlass erneut tun, so wäre die Erwartung wohl die, dass er es regelmäßig täte – jedenfalls solange sich an der Bedrohungslage nichts geändert hat. Dies würde zumindest die Gefahr bergen, dem Anliegen selbst nicht gerecht zu werden.“

Wir halten dieses Argument für wenig überzeugend. Es ignoriert, dass die Gefahr der iranischen Bombe den Gedenktag 2012 mehr als jemals zuvor überschattet. Es unterstellt, dass man der antisemitischen Bedrohung Israels dann gerecht wird, wenn man sie - in der Regel jedenfalls - verschweigt. Wollte der Bundestag seinen selbstgesteckten Anspruch „aus der Geschichte zu lernen“ erfüllen, käme es darauf an, die wirren Aufrufe eines antisemitischen Führers ernst zu nehmen, anstatt sich stillschweigend an sie zu gewöhnen; es käme darauf an, die Öffentlichkeit daran zu erinnern, dass auch diejenigen, die zusehen und schweigen, Schuld auf sich laden; es käme darauf an, bei allen unterschiedlichen Einschätzungen, was die Konfliktthemen des Nahen Ostens anbelangt, in diesem einem Punkt: der Ächtung von

Antisemitismus und Holocaustleugnung zusammenzustehen. Wird all dies weggelassen, droht das Erinnern an den Holocaust zur Farce zu verkommen.

Wir appellieren an die Abgeordneten des Bundestages, die im Bundestag vertretenen Parteien und an die Initiativen und Organisationen, die sich mit dem Gedenken und den Lehren aus der Geschichte des Holocaust befassen, sich der antisemitischen Staatspolitik des Iran - auch und gerade am 27. Januar und vergleichbaren Anlässen - entgegenzustellen.

Im Namen des Vorstands von SPME Germany,

Berlin, den 5. Februar 2012

Prof. Dr. Ralf R. Schumann

Promoting Academic Integrity and Honest Debate

1. Vorsitzender und Sprecher des Vorstands:

Prof. Dr. med. Ralf R. Schumann

Institut für Mikrobiologie und Hygiene

Charité-Universitätsmedizin Berlin

Dorotheenstr. 96

10117 Berlin

Tel.: 030-450524141

FAX: 030-450524941

e-mail: ralf.schumann@charite.de